

## Vortrag des Russischen Präsidenten D. A. Medwedew am 5. Juni 2008 in Berlin

D. Medwedew: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen!

Ich bitte Sie um etwas Geduld, denn mein Vortrag ist relativ lang, aber er wird, so hoffe ich, Sie nicht langweilen.

Ich bedanke mich für die Möglichkeit, vor Vertretern aus Politik und Gesellschaft in Deutschland sprechen zu können. Hier sind Personen versammelt, die eine jahrelange Zusammenarbeit mit Russland verbindet. Personen, deren persönliche Initiative, geschäftliche Qualitäten und kreative Projekte den Geist der Partnerschaft und der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten und Völkern weiterentwickeln.

Es ist in vielem gerade Ihren Anstrengungen zu verdanken, dass unsere Kontakte heute so inhaltsreich, regelmäßig und umfassend sind. In denke, dass mein erster Besuch in Deutschland in meiner Eigenschaft als Präsident der Russischen Föderation der weiteren Gestaltung und Festigung dieser Kontakte dienen wird.

Russland und Deutschland – das sind zwei europäische Länder, denen die Geschichte schwierige Bewährungsproben auferlegt hat. Indem sie Schritt um Schritt gegenseitiges Vertrauen aufgebaut haben, haben sie ein wahrhaft einzigartiges Beispiel für Europa gegeben und wesentlich dazu beigetragen, eine Atmosphäre des wachsenden Vertrauens auf dem gesamten europäischen Kontinent zu prägen.

Trotz der Tragödie der zwei Weltkriege ist es uns gelungen, die schwierige Aufgabe der historischen Aussöhnung abschließend zu lösen. Dies nicht nur, weil es ein Gebot der Zeit war. Eine maßgebliche Rolle spielten dabei die gesamteuropäischen Werte und humanistischen Ideale, die untrennbarer Bestandteil der Kultur Russlands und des vereinten Deutschlands sind. Ich stimme meinem Kollegen, Herrn Vizekanzler Steinmeier zu, dass die deutsch-russischen Beziehungen in bedeutendem Maße europäisch-russische Beziehungen sind.

Viele Menschen fragen sich jetzt, welche Politik von Russland zu erwarten ist. Mir wurde diese Frage auch schon mehrmals gestellt. Ich möchte von vornherein sagen: in internationalen Angelegenheiten, aber auch innerhalb unseres Landes, werden wir in erster Linie auf der Hoheit des Rechts bestehen, darauf, dass alle Staaten – insbesondere die führenden – sich an das internationale Recht halten. Dies ist zweifelsohne eine der wichtigsten Voraussetzungen, um die globale Entwicklung weiterhin lenkbar zu gestalten. Besonders jetzt, da die künstliche Bipolarität durch ein natürlicheres polyzentrisches internationales System abgelöst wird, dessen Stützpfiler die Organisation der Vereinten Nationen ist.

Deren Gründerväter, die Gründerväter der UNO, haben vieles vorausgesehen. Dem Wesen nach ist die UNO eine Organisation, die dazu berufen ist, ein Zusammenwirken auf gleichberechtigter Grundlage zu ermöglichen. Ich möchte gleich anmerken, dass es keine andere ähnliche Organisation gibt und, aller Voraussicht nach, in den nächsten Jahren auch nicht geben wird. Versuche, die UNO durch „exklusive Formate“ zu ersetzen (Vorschläge dazu werden von Zeit zu Zeit unterbreitet), würden für die gegenwärtige Weltordnung absolut zerstörerische Folgen haben.

Natürlich bedarf es der Modernisierung der UNO, um die Gegebenheiten der gegenwärtigen multipolaren Welt adäquat wiederzugeben. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, den Sicherheitsrat auf der Grundlage eines breiten Konsenses der Mitgliedstaaten der UNO zu reformieren. Wir schätzen die Bemühungen Deutschlands, Kompromisslösungen in dieser Frage zu finden, welche die UNO nicht spalten würden.

Die zukünftige Weltordnung ist unmittelbar mit den Geschicken Europas, der gesamten euro-atlantischen Region und somit mit dem Schicksal der europäischen Zivilisation insgesamt verbunden.

Ich bin überzeugt, dass die Probleme Europas so lange nicht gelöst werden können, wie es nicht gelingt, die Identität Europas, die organische Einheit aller ihrer integralen Bestandteile einschließlich der Russischen Föderation zu erreichen. Denn mit der Überwindung des sowjetischen Systems und dem Verzicht auf seine Restauration in einem gewissen historischen Zeitraum hat Russland die Grundlagen für den Aufbau eines Staates geschaffen, der mit dem anderen Teil Europas – besser gesagt, mit dem Besten, was das gemeinsame Erbe der europäischen Zivilisation ausmacht, voll und ganz kompatibel ist

Wenn man sich der bildhaften Sprache von John le Carré bedient, könnte man sagen, dass Russland heute „aus der Kälte zurückgekehrt ist“ – nach fast einem Jahrhundert Isolation und Selbstisolation. Und gegenwärtig kehrt Russland in die globale Politik und Wirtschaft zurück, mit allen seinen natürlichen, finanziellen und intellektuellen Ressourcen und Potentialen.

Russland setzt auf Innovationen. Die bestehenden stabilen makroökonomischen Parameter und die hohe finanzielle, soziale und politische Stabilität eröffnen für ernsthafte Akteure auf dem europäischen und dem Weltmarkt neue Perspektiven für sichere und zeitgerechte Investitionen.

Unsere Ziele heute sind neben einem qualitativen Wirtschaftswachstum auch die Transformation der gesamten sozialen Struktur unserer Gesellschaft, einschließlich der Förderung des sich schnell entwickelnden Mittelstandes. Nur der Mittelstand kann zu einer stabilen Säule für die Entwicklung der Demokratie und für eine nachhaltige Entwicklung insgesamt werden.

Heute zeichnen sich die Konturen unserer neuen und langfristigen Wirtschaftspolitik deutlich ab, deren Kernstück die vollwertige und umfassende Modernisierung der Schlüsselbranchen in der Industrie und der Infrastruktur ist. Im Grunde geht es dabei um eine technologische Revolution, und hier sehen wir als eine unserer unbedingten Prioritäten die Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten in diesem Bereich.

Ich werde auf diese Fragen später noch näher eingehen. Eines liegt jedoch auf der Hand: der freie Markt und die Öffnung gegenüber dem Ausland sind die Garantie dafür, dass die Veränderungen in unserem Land unumkehrbar sind.

Durch die Beendigung des kalten Krieges wurden Bedingungen geschaffen, die eine wirklich gleichberechtigte Zusammenarbeit von Russland, der Europäischen Union und Nordamerika als den drei Pfeilern der europäischen Zivilisation ermöglichen.

Ich bin überzeugt, dass der Atlantismus als einziges Prinzip historisch veraltet ist – heute geht es um einen einheitlichen euro-atlantischen Raum von Vancouver bis Wladiwostok. Das Leben selbst macht dieses Zusammenwirken erforderlich.

Wenn wir aber über die Gestaltung neuer zukunftsweisender Beziehungen zwischen den Staaten Europas sprechen, so beunruhigt die Tendenz, selektiv und politisiert an unsere gemeinsame Geschichte heranzugehen.

Hier sollte es nach meinem Verständnis ehrliche und ganz normale wissenschaftliche Debatten geben. So wird z. B. die Bedeutung der deutsch-russischen Versöhnung ganz offensichtlich unterbewertet. Für das friedliche zukünftige Europa ist sie jedoch nicht minder bedeutsam, als zum Beispiel die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland.

Unter anderem sollte klar werden, wozu Marginalisierung und Isolierung von Staaten, die Bildung von Zonen mit unterschiedlichem Sicherheitsstatus oder die Ablehnung einer gesamtregionalen kollektiven Sicherheitsordnung führt. Leider gibt es diese Dinge heute in Europa.

Wir dürfen auch nicht zulassen, dass uns unser gemeinsames geistig-moralisches Gut genommen wird, welches für uns der Große Sieg über den Faschismus darstellt. Es darf nicht vergessen werden, dass zur materiellen Kultur Europas, die während des Krieges erhalten werden konnte, Abermillionen Opfer der Völker der Sowjetunion und anderer europäischer Völker gehören.

Lassen sie uns genau analysieren, wie es gegenwärtig in Europa aussieht. Es ist nicht zu übersehen, dass die gegenwärtige Architektur Europas den Abdruck einer Ideologie trägt, die wir aus der Vergangenheit übernommen haben. Man müsste annehmen, dass die neu erworbene Einheit der europäischen Zivilisationen durch eine Organisation wie die OSZE verkörpert werden sollte. Aber diese Rolle wird ihr nicht zugestanden, es wird nicht zugelassen, dass sie sich zu einer vollwertigen gesamtregionalen Struktur entwickelt.

Dabei geht es hier nicht nur darum, dass ihr institutioneller Aufbau noch unvollkommen ist. Es wird durch andere Strukturen verhindert, die auf die Wiederherstellung der Blockpolitik programmiert sind.

Die NATO schafft es ebenso nicht, ihrer Existenz einen neuen Sinn zu verleihen. Gegenwärtig wird versucht, diesen Sinn mit der globalisierten Mission der Allianz zu begründen, dies u. a. unter Verletzung der Prärogativen der UNO, von denen ich gerade gesprochen habe, sowie durch die Gewinnung neuer Mitglieder. Es ist aber offensichtlich, dass dies keine Lösung für die gestellte Aufgabe sein kann.

Es ist auch von der Möglichkeit die Rede, die weitere Erweiterung der NATO gen Osten gegen „etwas anderes“ einzuwechseln. Meiner Meinung nach sind das alles Illusionen. Ich bin überzeugt, dass dies unsere Beziehungen zur NATO schlichtweg untergraben und ihnen damit für sehr lange Zeit grundlegend schaden würde. Natürlich wird es zu keiner Konfrontation kommen. Aber der Preis dafür wäre trotzdem sehr hoch. Unseren Beziehungen würde damit ernstzunehmender Schaden zugefügt.

Es gibt wohl kaum ein anderes Beispiel, welches so gut die Übereinstimmung der grundlegenden Sicherheitsinteressen zwischen der NATO und Russland belegt, wie Afghanistan. Wir leisten unseren Partnern, die in diesem Land tätig sind, bereits aktive Unterstützung. Auf dem NATO-Russland-Gipfel in Bukarest haben wir einen weiteren wichtigen Schritt getan, indem wir uns über den Landtransit nichtmilitärischer Güter über das Gebiet der Russischen Föderation geeinigt haben. Die Arbeiten zur Nutzung unserer Militärtransportflugzeuge stehen kurz vor dem Abschluss. Russland baut die Möglichkeiten für die Ausbildung von Personal für Drogen- und Terrorbekämpfungsstrukturen Afghanistans aus. Das sind Gebiete, auf denen wir arbeiten sollten.

Dies alles ist von immanenter Bedeutung für die Erfüllung der Aufgaben, die die internationale Gemeinschaft, vertreten durch den Sicherheitsrat der UNO, stellt. Darf diese Zusammenarbeit dem Fortleben des Blockdenkens zuliebe aufs Spiel gesetzt werden?

Es ist meine Überzeugung, dass es einer offenen und ehrlichen Klärung aller gegenwärtig vorhandenen Befürchtungen bedarf, wenn wir beim Aufbau eines wahrhaft großen Europas vorankommen wollen. Und wenn unsere Vorgänger es unter den Bedingungen des kalten Krieges geschafft haben, die Schlussakte von Helsinki auszuarbeiten (welche übrigens als rechtliche Grundlage der europäischen Ordnung trotz allem die Prüfungen der Zeit bestanden hat), warum sollten wir dann heute nicht den nächsten Schritt tun? Und das wäre die Ausarbeitung und der Abschluss eines juristisch verbindlichen Vertrages über die europäische Sicherheit. Vertragsseiten könnten auch die gegenwärtig im euroatlantischen Raum agierenden Organisationen sein.

Übrigens gab es bereits in der Vergangenheit Versuche, einen solchen Vertrag zu schließen. Ich erinnere nur an den Briand-Kellogg-Pakt von 1928. Damals konnte er noch nicht funktionieren, und so teilte er das traurige Schicksal des Völkerbundes. Unter gegenwärtigen Bedingungen, da niemand mehr einen Krieg in Europa wünscht und wir alle aus den Lehren des 20. Jahrhunderts klug geworden sind, hätte ein solches Übereinkommen Erfolgchancen.

Dabei könnte es um einen regionalen Pakt gehen, der natürlich auf den Prinzipien der UN-Charta basiert und endgültige Klarheit über den Faktor Stärke in den Beziehungen der euroatlantischen Gemeinschaft schaffen würde. Dadurch würden auch die Fragen der Unteilbarkeit von Sicherheit und die Probleme der Rüstungskontrolle in Europa, welche bei allen zu Besorgnis führt, in ihrer Gesamtheit gelöst.

Ich möchte Ihnen auch vorschlagen, über einen gesamteuropäischen Gipfel nachzudenken, der dann vielleicht den Start für die Ausarbeitung eines solchen Vertrages bilden könnte. Dabei wäre es allerdings wichtig, dass alle – absolut alle Staaten Europas – in ihrer nationalen Eigenschaft daran teilnehmen und ihre Block- oder sonstigen Gruppeninteressen vor der Tür lassen. Ausgangspunkt für alle sollten, wie man so schön sagt, die „nackten“ nationalen Interessen sein, unbeeinflusst von irgendwelchen ideologischen Erwägungen.

Die Hauptsache besteht meiner Ansicht nach darin, dass wir ohne Einsparungen bei militärischen Ausgaben nicht die nötigen Ressourcen finden können, die wir für eine effiziente Antwort auf die eigentlichen Herausforderungen wie illegale Immigration, Klimaveränderung und globale Armut benötigen.

Stärke ist kein Mittel, um diese Aufgaben zu lösen. Hier gilt es, an ihren Ursachen anzusetzen und die Probleme zu ergründen, die zu den genannten Bedrohungen führen.

Dazu gehört im Übrigen auch die globale Nahrungsmittelkrise, die heute nicht nur die materielle Existenz der Menschen bedroht, sondern auch Fragen der Ethik umfasst, wenn mit außerordentlich geringer Energieeffizienz Lebensmittelkulturen in Brennstoffe umwandelt werden.

Dazu gehört auch die Energiesicherheit, die ohne kollektive Anstrengungen aller an der Energiekette Beteiligten nicht gewährleistet werden kann.

Es war Russland, das dieses Thema auf dem G-8-Gipfel in Sankt Petersburg angesprochen hat. Aber wir müssen hier weiter gehen – auf der Grundlage der seinerzeit vereinbarten Prinzipien. Wir sind bereit, gemeinsam mit der Europäischen Union an einem Frühwarnmechanismus im Energiesektor zu arbeiten, natürlich unter Einbeziehung der Transitländer.

Wir sind auch bereit, die Frage internationaler Konsortien zu erörtern, welche als Betreiber von Transitpipelines fungieren könnten und an denen Firmen aus Russland, der Europäischen Union und der Transitländer beteiligt sind. Übrigens wäre das genau die gegenseitige Abhängigkeit, von der wir in Europa und der globalisierten Welt insgesamt sprechen.

Neben dieser produktiven Arbeit an der Ausgestaltung einer gesamteuropäischen Strategie sollten wir auch gemeinsam einen Innovationsdurchbruch anstreben – ich würde sagen, in Richtung eines gemeinsamen technologischen Raumes.

Die europäische Integration kann und darf nicht an den Küsten der Ostsee oder an den osteuropäischen Grenzen halt machen, und mehr gegenseitige Investitionen in Hochtechnologiebranchen wären notwendige Schritte.

Das geeinte Europa ist objektiv daran interessiert, den Umfang und die Qualität der russischen Investitionen zu steigern. Wir wollen Firmen unterstützen, die bereit sind, auf zivilisiertem Wege Kapital auszuführen und sich gemeinsam für den Aufbau neuer zukunftsträchtiger Produktionsstätten zu engagieren. Es gibt bereits Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit – sogar in so sensiblen Bereichen wie der Atomenergie, der Tätigkeit im Weltraum, der Luftfahrttechnik und dem Transportmaschinenbau.

Gleichwohl gibt es heute eine weder wirtschaftlich noch politisch zu begründende Einschränkung für russische Investitionen in europäischen Unternehmen und Projekten. Wir sind bemüht, klare Spielregeln aufzustellen und Meistbegünstigungsklauseln für ausländische Unternehmer zu schaffen, die bei uns derartige Hochtechnologien entwickeln. Und wir wünschen uns von unseren Partnern in Europa den gleichen Ansatz.

Sehr verehrte Damen und Herren, Russland braucht weder Chaos noch Unbestimmtheit in der heutigen Welt. Wir verfolgen keinerlei Interessen, die man auf diese widernatürliche Art durchsetzen müsste.

Oft hören wir an Moskau gerichtete Aufrufe zur Zurückhaltung. Zurückhaltung ist von allen gefordert, um eine Eskalation in jeder Frage zu verhindern und um den Teufelskreis von einseitigen Aktionen und den Reaktionen zu durchbrechen. Wir sollten uns von den Versuchen lossagen, Ereignisse zu forcieren und eine Politik geschaffener Tatsachen zu verfolgen. Zunächst wäre es gut, einfach eine Bedenkpause einzulegen und sich umzuschauen, wo wir gelandet sind und worauf wir uns einlassen – sei es nun Kosovo, die NATO-Erweiterung oder die Raketenabwehr.

Es ist auch recht symptomatisch, wenn im Westen von vielen die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten mit Russland so interpretiert werden, dass es einfach nötig wäre, die russischen Sichtweisen an die westlichen anzupassen. Aber wir brauchen eine solche „Umarmung“ nicht. Wir müssen gemeinsame Lösungswege finden. In einigen Fällen sagt man uns einfach: Hört auf euch in internationalen Angelegenheiten so stachelig und widerborstig zu zeigen, die Probleme der demokratischen Entwicklung und der Einhaltung von Menschenrechten sind sekundär, davor verschließen wir unsere Augen. Und dann werden uns andere Länder als Beispiel genannt, mit denen man ebenso verfährt, und die sich damit arrangieren.

Ich möchte Ihnen aber sagen, dass uns so etwas nicht zusagt. In erster Linie aus dem Grund, dass wir die Menschenrechte zu den grundlegenden und elementaren Werten zählen. Sie dürfen nicht als Tauschobjekt

dienen. Deshalb sind wir bereit zu einem besonnenen und ehrlichen, gleichberechtigten Gesprächen, egal zu welchen Themen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal anmerken, dass die Demokratie in Russland und in Europa gemeinsame Wurzeln hat. Wir haben ein einheitliches Wertesystem, gemeinsame rechtliche Wurzeln, gebildet durch das römische, deutsche und französische Recht. Ich habe bereits wiederholt gesagt, dass eine Demokratie dem Wesen nach immer historisch und national begründet ist. Und wir haben eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame humanitäre Werte. Das bildet die Grundlage für unser Denken und ermöglicht es uns heute, eine gemeinsame Sprache in Recht und Wirtschaft und, wie ich hoffe, auch in der Politik zu sprechen.

Liebe Kollegen, im Zusammenhang mit dem soeben Gesagten halte ich es für wichtig, noch einen weiteren Fragenkomplex genauer zu beleuchten, der sich mit der Entwicklung des russischen politischen Systems befasst. Diese Fragen sind derzeit von Interesse, was sicherlich auch normal ist.

Leider stoßen wir hier jedoch auf Missverständnisse, manchmal auch einfach auf verzerrte Vorstellungen davon, wie sich diese Prozesse bei uns gestalten.

Wir messen dem Ausbau des politischen Systems und der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Institute große Bedeutung bei.

Zunächst möchte ich etwas über den Aufbau einer entwickelten und handlungsfähigen Parteienlandschaft sagen. Diese Aufgabe stand in unserem Land seit Anbeginn der demokratischen Veränderungen. Ich muss gestehen, hier haben wir einen schwierigen Weg hinter uns: von der Entstehung einer Vielzahl von kleinen Eintags- und Einpersonenparteien bis hin zur Gründung von großen, einflussreichen und verantwortungsbewussten Parteiorganisationen.

Natürlich ist dieser Prozess noch nicht abgeschlossen. Wenn wir über den Aufbau von Parteien sprechen, vergessen wir oft, dass in vielen Ländern – u. a. auch in Deutschland – diese Prozesse Jahrzehnte in Anspruch genommen haben. Wir dagegen befassen uns damit gerade zehn Jahre lang. Trotzdem sind wir optimistisch, schon allein aus dem Grund, dass in den letzten zwei Legislaturperioden der Staatsduma – unseres Parlaments – bereits vier Parteien ihre Wähler vertreten.

Beim Aufbau eines stabilen und berechenbaren Parteiensystems hat die Novellierung des Wahlgesetzes eine große Rolle gespielt. Es geht dabei in erster Linie um das Verhältniswahlssystem und die recht hohen Anforderungen, den Zensus an die Parteien, die Wählerstimmen geltend machen. Das war eine bewusste Entscheidung, um die Parteienlandschaft in unserem Land zu stärken und eine Verzettlung zu verhindern.

In meinen Augen waren dies nicht nur gerechtfertigte, sondern auch notwendige Schritte. Sie entsprachen natürlich sowohl unseren Vorstellungen, als auch internationalen Werten und den Erfordernissen des russischen politischen Systems.

Die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen bleibt ebenso ein unbedingter Schwerpunkt in unserer Arbeit. Wie Sie wissen, wurde der überwiegende Teil dieser Organisationen bis 2006 im wesentlichen durch das Ausland finanziert. Ich glaube nicht, dass sich irgendein anderes entwickeltes westliches Land damit abgefunden hätte, wenn ihr „dritter Sektor“ ausschließlich durch ausländisches Kapital finanziert würde. Deshalb haben wir beschlossen, eigene Mittel für die Förderung russischer Strukturen der Zivilgesellschaft bereitzustellen. Diese Entscheidung war gesetzmäßig. Gegenwärtig geben wir Jahr für Jahr immer mehr und mehr Geld für die Unterstützung dieser Nichtregierungsorganisationen aus – u. a. auch aus dem Staatshaushalt. Auch die erfolgreiche Arbeit der Gesellschaftskammer kann hier nicht unerwähnt bleiben. Das Leben selbst hat den Bedarf danach nachgewiesen. Das ist ein Gremium, welches die Grundlage für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft im Allgemeinen schafft.

Wir sind überaus daran interessiert, dass möglichst viele Nichtregierungsorganisationen entstehen, die sich mit Fragen der kommunalen Selbstverwaltung befassen, mit der Förderung von Toleranz und Eintracht zwischen den Vertretern unterschiedlicher Nationalitäten.

Eine recht positive Rolle spielt auch der kontinuierliche interkonfessionelle Dialog. Übrigens hat sich bei uns in den letzten Jahren die Anzahl der eingetragenen religiösen Vereinigungen verfünffacht.

Wir sehen jedoch auch, dass die Spannungen zwischen den Völkern zunehmend globalen Charakter annehmen. Für viele europäische Länder sind sie bereits zu einem absolut realen, bestehenden Problem geworden. Ich bin der Meinung, dass wir unsere Anstrengungen bündeln sollten, um gemeinsame Lösungsansätze für diese wirklich schwierigen Aufgaben zu finden.

Einige Worte möchte ich auch zu einem anderen, gegenwärtig sehr aktuellem Thema sagen, welches mit den Medien in Verbindung steht und mit deren Freiheiten. Ich bin völlig damit einverstanden, dass die Freiheit der Medien geschützt werden muss – geschützt im Rahmen der Gesetzgebung. Vor einigen Jahren war es erforderlich, die Medien vor einer Versklavung durch private Unternehmen zu schützen, jetzt muss man sie vor dem Verwaltungsapparat auf unterschiedlichen Ebenen schützen.

Insgesamt jedoch – und das habe ich heute auch mit Frau Bundeskanzlerin besprochen – stehen wir bereits an der Schwelle zu absolut freien Medien: Ich meine im konkreten Fall nicht Russland, sondern die Situation in der Welt insgesamt, die durch den technologischen Fortschritt geschaffen wird und hier in erster Linie durch die unaufhaltsam wachsenden Möglichkeiten des globalen Internet-Netzes. Nur ein Beispiel: Im Jahr 2000 betrug die Zahl der Internetnutzer in Russland ca. 3 Millionen Menschen. Im letzten Jahr waren es bereits zwischen 30 und 35 Millionen – somit fast jeder dritte bis vierte Bürger Russlands. Nach Meinung der Experten wird sich diese Dynamik der Entwicklung vehement fortsetzen.

Dieser Umstand bringt es mit sich, dass an erster Stelle nicht mehr lediglich die Idee freier Medien steht, da diese Freiheit gegenwärtig bereits durch die modernen digitalen Technologien gegeben ist, die auch niemand mehr bremsen kann, sondern die Frage, wie man in diesem gemeinsamen Informationsraum moralische und kulturelle Werte bewahrt. Das ist weniger eine nationale als vielmehr eine gesamteuropäische bzw. weltweite Aufgabe. Im Übrigen stellt dies eine ernste Herausforderungen an die gesamte Zivilisation dar.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Pläne einer langfristigen Entwicklung Russlands und der Rolle Russlands in Europa und der Welt wurden und werden schon des Öfteren auch mit Ihrer Beteiligung diskutiert – u. a. auf dem Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg – und ich hoffe, dass ich viele von Ihnen sprichwörtlich schon morgen wieder in unserer nördlichen Hauptstadt treffen werde.

Ich möchte unterstreichen, dass uns sehr wohl bewusst ist, wie schwierig der innovative Entwicklungsweg ist, den unser Land für sich gewählt hat. Auch für eine solch leistungsstarke Wirtschaftsmacht, wie Deutschland, wäre er nicht einfach. Wir sind daran interessiert, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit im Bildungswesen, im Bereich der Mittelstandsförderung und natürlich auch in großen Unternehmen auszubauen.

Unsere Aktivitäten in der Wirtschaft werden auch weiterhin auf einer sukzessiven, systematischen Verbesserung des Geschäftsklimas und dem Abbau von überflüssigen Verwaltungsbarrieren basieren, auf der Beseitigung von Korruption, die in unserem Land ein wirklich ernstzunehmendes Problem darstellt, auf maximaler Förderung kleiner Unternehmer (meine ersten Entscheidungen waren übrigens gerade diesen Themen gewidmet), und selbstverständlich auf der Stärkung von Recht und Gesetz in der Gesellschaft und im Staat sowie auf dem Aufbau einer effizienten und unabhängigen Gerichtsbarkeit.

Wir arbeiten gegenwärtig intensiv an diesen komplizierten und für uns außerordentlich wichtigen Aufgaben. Und ich wiederhole, dass ihre Ausgestaltung mit der erfolgreichen Entwicklung eines Rechtswesens in Verbindung steht – eines Rechts, das die Interessen der Menschen, ihre Ehre und ihre Würde schützt.

Ich schlage vor darüber nachzudenken, wie wir in diesen Bereichen gemeinsame Projekte umsetzen könnten. Ein mögliches Projekt wären gegenseitige Studienaufenthalte von Juristen oder Richtern. Ein anderes könnten gemeinsame Ausbildungsprogramme für Beamte sein. Eine Grundlage dafür bildet übrigens die 10jährige deutsche Beteiligung am Präsidentenprogramm zur Fortbildung von Führungskräften. Ich möchte erwähnen, dass Russland während dieser Zeit ca. 3.500 Jungmanager erhalten hat. Seit 2006 absolvieren jährlich 100 deutsche Teilnehmer Praktika bei uns, um sich im Bereich der deutsch-russischen Zusammenarbeit weiterzubilden.

Wir haben hohen Bedarf an diesen Fachleuten in den russischen Regionen. Im Zuge ihrer Vergrößerung entstehen neue Perspektiven einer Zusammenarbeit mit den Bundesländern in Deutschland. Wir müssen lernen, in einer Sprache zu sprechen, so wie es in Sankt Petersburg erfolgreich gelungen ist, oder in den Oblasten Nowgorod, Kaliningrad, Kaluga und den entsprechenden Bundesländern in Deutschland.

Wir sind auch daran interessiert, unsere Zusammenarbeit zu den wichtigsten Problemen der globalen Entwicklung fortzusetzen. Russland unterstützt unverändert die Bemühungen Deutschlands zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der EU in Fragen Klimaschutz, u. a. zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Wir sind auch offen für einen Dialog über das gesamte Paket von Naturschutzthemen wie z. B. den Problemen der Arktis. Übrigens wird heute in vielen Ländern der Welt, u. a. auch in Russland und in Deutschland, der Internationale Umweltag begangen. Zusätzlich wird in unserem Land gerade heute zum ersten Mal der Tag des Umweltschützers begangen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und allen gratulieren, die auf diesem Gebiet tätig sind. Gerade vor zwei Tagen hatte ich zu diesem Thema eine Beratung, und ich habe einen gesonderten Erlass für den Umweltsektor unterschrieben.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den vergangenen sechs Jahren hat sich der Handelsumsatz zwischen Russland und Deutschland vervierfacht. Im letzten Jahr wurde ein Rekordumsatz von über 52 Milliarden Dollar erzielt. Die Bundesrepublik Deutschland ist für Russland der wichtigste Lieferant von Importprodukten, wobei 90 Prozent davon Maschinen, Ausrüstungen und Metallerzeugnisse sind. In den nächsten Jahren wird unser Land für Deutschland eines der führenden Importländer werden – nach den USA, aber sogar noch vor China. Deutschland ist in Russland auch auf dem Gebiet der Realinvestitionen führend, die bereits eine Gesamtsumme von 28 Milliarden Euro ausmachen.

Wir sehen auch große Perspektiven für gemeinsame russische und deutsche Wissenschaftsprojekte. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Implementierung von angewandten Entwicklungen und die effektive Nutzung des gemeinsamen geistigen Eigentums.

Es ist Aufgabe der jungen Generation unserer Länder, die deutsch-russische Zusammenarbeit fortzusetzen und sie mit neuen Initiativen zu bereichern. Sie wissen, dass die Kontakte unter der Jugend schon seit langem eine tragende Rolle in unserer Zusammenarbeit innehaben. Schon der deutsche Dichter und Denker Schiller schrieb „der Mensch wächst mit seinen Aufgaben“.

Ich bin überzeugt, dass alles, was wir heute der Jugend geben, morgen an uns zurückgegeben wird, und dass unser Beitrag für ihre Bildung, die Entwicklung ihres Verstandes, ihrer Talente und ihres geistigen Reichtums ein Beitrag für den Fortschritt und eine sichere Zukunft sowohl unserer beiden Völker, als auch Europas insgesamt darstellt.

Eine weiterer offensichtlicher Rückhalt für unsere Annäherung sind unsere Landsleute und hier in erster Linie die Russlanddeutschen. Ihre Meinung und Sichtweise auf die Entwicklung unserer Beziehungen sind eine Art „Lackmustest“ für die deutsch-russische Zusammenarbeit, die uns übrigens auch helfen wird, uns von den längst überholten Stereotypen zu befreien.

In diesem Zusammenhang gefällt mir die Idee der Erneuerung unserer humanitären Beziehungen besonders gut. Natürlich müssen unsere Ansätze hier gemeinsam entwickelt werden, und sie müssen dabei vor allem auf die Unterstützung der Öffentlichkeit zurückgreifen, auf das Interesse der Medien und auf die interregionalen und interkonfessionellen Strukturen.

Liebe Kollegen, wenn man in Berlin ist, spürt man besonders deutlich, wie sehr hier Geschichte und Gegenwart, Vergangenheitserinnerung und Zukunftsüberlegungen verwoben sind. Berlin ist eine Stadt, die in Russland jedermann kennt, und viele russische Menschen haben hier auch Orte, die ihnen ans Herzen gewachsen sind.

Das heutige Berlin ist eine lebendige, bewegende, zukunftsstrebende Stadt. Darin ist Berlin Moskau sehr ähnlich, einer Stadt, die auch ihre Spezifik hat, ihre Dynamik und ihre Energie. Hier ist besonders zu spüren, dass Geschichte verbindet und nicht trennt. Ich bin überzeugt, dass diejenigen, die diese Wahrheit erkennen, auf der richtigen Seite stehen.

Vielen Dank.

(Übersetzung aus dem Russischen im Auftrag des Petersburger Dialog e.V. Der Originaltext ist der Seite [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru) entnommen.)